

Samburger Echo.

Das „Samburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementpreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Frachtgeld monatlich 1.20, vierteljährlich 3.60; durch die Kassepost monatlich 80 A. (incl. ins Haus). Einz. Nr. 5 A. Sonntags-Plummer mit Illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 A. Kreuzbandabonnements monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 3.50.

Redaktion:
Friedrichstraße 11, 1. Stod. **Samburg 36**
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpfe in Samburg.

Expedition:
Friedrichstraße 11, Erdgeschoss.
Anzeigen die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum 35 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienangelegenheiten 20 A. Anzeigen-Ausschreibung: 11. Erdgeschoss (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Annoncen-Verbindlichkeit. Reklamen im reaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Rektor: Friedrichstraße 11, Erdgeschoss.

Filialen: St. Pauli, einschl. Schanzenstr., bei Herrn. Koenen, Sophienstr. 44. Gimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Gohelust, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 61. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petersen, Bachstr. 12. Osdorf, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffsb. und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Alstschlager Willeich bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33. Rotenburgsort und Veddel bei Th. Heimer, Lindenstr. 85. Wilhelmsburg bei Carl G. Diehl, Regerstr. 12, 1. St. Alsted, Wandsbeck, Dinslage und Ditt-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Wahrenfeld bei Joh. Heine, Wahrenfelderstr. 129.

Hierzu drei Beilagen und das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“.

Zur Stichwahl im Landgebiet.

Im 2., 3. und 4. Wahlbezirk hat zwischen den Kandidaten der Vereinigten Liberalen und der alten Fraktionen eine Stichwahl stattgefunden, bei der unsere Wähler den Ausschlag geben. Von den Kandidaten der alten Fraktionen gehören vier der „Fraktion der Rechten“, Harms und Reuß dem „Linken Zentrum“ an. Beide Fraktionen haben vor vier Jahren dem Wahlrechtsraub zugestimmt. Diese Tatsache genügt, die Kandidaten entschieden zu bekämpfen. Wenn auch die drei Kandidaten damals der Bürgerkraft nicht angehörten, so haben sie aber in der Wahlbewegung die Verschlechterung des Wahlrechts im vollen Umfange gebilligt. Wir empfehlen daher unseren Parteigenossen und Wählern, am Stichwahltag einmütig ihre Stimme für die Kandidaten der Vereinigten Liberalen abzugeben, die für die Beseitigung des Klassenwahlrechts eintreten.

Der Vorstand der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs.

Die preußische „Wahlreform“.

Der textliche Inhalt der preussischen Wahlrechtsvorlage liegt noch nicht vor, aber die Inhaltsangabe, die am Freitagabend von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gebracht, vom Telegraphen jedoch nicht vollständig übermittelt wurde, läßt diese Vorlage geradezu als eine Verhöhnung des in den Volksmassen lebenden Brennpunktes der Verlangens nach vollberechtigter Teilnahme am Staatsleben erscheinen.

Was hier den Volksmassen geboten wird, ist ein Produkt ähnlicher Wahlrechtskämpfe, wie man sie beim Wahlrechtsumsturz in Hamburg getrieben hat, um die Masse um ihren Rechtsanspruch zu betrügen. Der Grundgedanke ist, daß die Masse auch fernherhin in Preußen rechtlos sein soll, denn sie wird unter allen Umständen politisch einflusslos bleiben, wenn diese Vorlage oder etwas Ähnliches Gesetz werden wird. Mit dem Einfluß fehlt auch das Recht. Was nützt es den Wählermassen, daß man ihnen gnädigst gestattet, ihre Stimmen abzugeben, ihnen aber die Möglichkeit nimmt, Vertreter ihrer Anschauungen auch nur in einigermaßen entsprechender Zahl in das Parlament zu bringen?

Das Wählen ist an sich kein so besonderes Vergnügen, daß man es um seiner selbst willen besonders schätzen kann; es erhält erst Wert, wenn es die Möglichkeit eröffnet, zu einflussreicher Vertretung zu kommen. Aber als solche kann man es doch nicht gelten lassen, wenn die entfernte Möglichkeit besteht, einige wenige Vertreter zu bekommen, die immer den Predigern in der Wüste gleichen werden. Und selbst diese Möglichkeit erscheint durch das spitzfindig ausgelegte System einer direkten Wahl mit Verbeistellung der Dreiklasseneinteilung noch keineswegs als sicher.

Die direkte Wahl ist das einzige, was man in der Vorlage allenfalls als Fortschritt gegenüber dem Bestehenden ansprechen kann. Ein besonderes Zugeständnis an die Massen der bislang einflusslosen Wähler ist sie aber keineswegs. Sie besiegelt einen Uebelstand, an dem alle Parteien gleichmäßig litten, die Schwierigkeit, Wahlmänner aufzutreiben. Die Verbeistellung der Dreiklasseneinteilung der Wähler bei Einführung direkter Wahlen, wird vermutlich

neue erhebliche Wahlbeschwerden erzeugen. Man sehe sich nur die komplizierte Feststellung des Wahlergebnisses an, wie es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schildert: ganzen Landtagswahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmen zu. Für jede Abteilung gesondert wird die Zahl der im sammengerechnet, und der Anteil jedes Kandidaten an den abgegebenen gültigen Stimmen abteilungsweise nach Hundertteilen der Stimmen festgestellt. Die so gewonnenen Hundertteilzahlen aller Stimmen jeder Abteilung werden für jeden Kandidaten zusammengezählt, ihre Summe wird durch drei geteilt. Gewählt ist, dessen durchschnittlicher Stimmenanteil hiernach mehr als fünfzig vom Hundert beträgt.

Zur Rechtfertigung dieses verwickelten Berechnungsmodus sagt die offizielle Verlautbarung: „Bei diesem Verfahren wird das gleiche Gewicht des Einflusses jeder der drei Abteilungen auf das Gesamtergebnis der Wahl innerhalb des ganzen Landtagswahlbezirks vollkommener gerechnet als bisher. Das neue Verfahren hat ferner den wesentlichen Vorzug vor dem bisherigen, daß es nicht die Stimmen der Minderheiten in den drei Abteilungen des Wahlbezirks zum Einfluß auf das Gesamtergebnis ausschaltet, sondern jede Stimme im ganzen Wahlbezirk für die Wahl des Abgeordneten zur Geltung bringt und den Willen der Wähler auf die Interessen des ganzen Wahlbezirks hinlenkt. Verhältnisse der engsten örtlichen Umgebung werden infolgedessen in Zukunft einen geringeren Einfluß auf die Stellungnahme der Wähler üben, als es vielfach bei der Wahl der Wahlmänner in den Wahlbezirken bisher der Fall gewesen ist. In der Ungeklärtheit des Wahls ausfall für den ganzen Wahlbezirk, der nicht mehr, wie es in vielen Wahlbezirken jetzt schon mit der Aufstellung der Wahlmännerkandidaten der Fall ist, den Wählern erkennbar feststehen wird, liegt ein starker Antrieb zu regerer Beteiligung an der Wahl, deren Beteiligung vor allem angestrebt ist. Nicht minder auch in dem nunmehrigen Rechte jedes Wählers, unmittelbar selbst für den Kandidaten einzutreten, der ihm zum Abgeordneten seines Landtagswahlbezirks am geeignetsten erscheint.“

Das kann allenfalls als Rechtfertigung für den Wegfall der Wahlmännerwahl gelten; aber die Verewigung der Wahlmännerwahl ist die Wahlmännerwahl. Die beiden Klassen werden auch bei diesem Wahlverfahren die dritte Klasse in der Regel überstimmen und nur ausnahmsweise wird einmal der Kandidat der letzteren, deren Wahlrecht im wesentlichen die Arbeiter bilden, eine Mehrheit bekommen, nämlich nur da, wo ein erheblicher Teil Arbeiterwähler auch in der zweiten Klasse ist. Es bleibt also in dieser Hinsicht alles wie es war.

Daran wird auch nichts geändert durch die neue Erfindung der „Magimierung“, bei der eine Grenze festgelegt werden soll, über die hinaus die Steuerleistung nicht mehr angerechnet wird. Diese Grenze ist bei 5000 Gesamteinkommen gewählt. Von diesem Magimierungssatz werden etwa 18000 Wähler betroffen; er entspricht einem einkommensteuerepflichtigen Einkommen von 4000 bis 4200 A., da durchschnittlich in 5000 Gesamteinkommen 1415 Gesamteinkommen entfallen sind. Damit will man den „übermäßigen“ Einfluss der Millionäre ausschalten und verhindern, daß eine Person oder zwei die ganze Wählerabteilung bilden. Für die Wählermassen wird dadurch bitterer Gewinn; sie bleiben in ihrer ungeheuren Mehrheit in der dritten Klasse. Jetzt sind es etwa 82 pSt. Was wäre gewonnen, wenn durch Aufhebung von einer halben Million Wähler aus der dritten in die zweite Klasse in der dritten „nur“ noch 75 pSt. blieben? Dann würden immer noch drei Viertel aller Wähler einflusslos und damit rechtlos sein!

Dagegen wird mit dieser Nichtanerkennung der Steuern über 5000 hinaus den mannigfachen Kränkungen abgeholfen, die die jetzige Klasseneinteilung den Besitzenden zufügt, soweit sie selbst selbst Millionäre oder Milliarden sind, aber im Bereiche solcher ihr Wahlrecht besitzen. Dort drücken die Kapitalmagnaten alles in die dritte Klasse hinein, was nicht im Einkommen ziemlich nahe an sie heranreicht. Nach der amtlichen Statistik gab es 2300 Wahlbezirke, in denen die Obergrenze des Einkommens in der dritten Klasse 6000 betrug. Da wählen also schon ausgemachte Bourgeois in der dritten Klasse. Und wo so ein Kapitalmagnat haust, da können Leute mit noch höheren Einkommen in die dritte Klasse hineingelassen werden. Haben doch im Berliner Tiergartenviertel selbst Minister in der

dritten Klasse wählen müssen. Das ist für Leute, die ihren eigenen Wert nach der Größe ihres Geldschatzes schätzen, natürlich eine „schwere Kränkung“. Und solchen Schmerzen abzuwehren, ist in den Augen der Regierung ein viel nützlicheres Vergnügen als den Volksmassen endlich ihr Recht zu gewähren.

Den Volksmassen, besonders den Arbeitern wird auch nicht geholfen durch die famosen „neuen Merkmale“ für die Bildung der Abteilungen. Es sollen danach abgeschlossene Hochschulausbildung, Mitgliedschaft im Reichs- und Landtag, ehrenamtliche Tätigkeit in den Selbstverwaltungsbehörden und in den Verwaltungskörperschaften der höheren Kommunalverbände, sowie Offiziersdienst im Heer und in der Marine als Merkmale für das Aufsteigen angesehen werden. Wähler mit solchen Merkmalen sollen aus der zweiten und dritten Abteilung der nächsthöheren zugewiesen werden.

Durch diese Bestimmungen werden die Arbeiter und die kleinen Leute in der dritten Klasse noch mehr isoliert als bisher, mehr aber noch durch die weitere Vorrichtung, daß der zweiten Abteilung diejenigen nach der Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen werden, welche mit einem Einkommen von mehr als 1800 zur Staatseinkommensteuer veranlagt sind und entweder seit 15 Jahren sich im Besitze der Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst befinden oder seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst auf Grund wenigstens zwölfjähriger militärischen oder gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst besitzen. Also eine Art neuer Unteroffiziersprämie auf dem Gebiet des Wahlrechts, die ihnen freilich erst zuteil werden soll, wenn sie seit fünf Jahren in den Besitz des Zivildienstbescheides sind. Die Unteroffiziersweisheit soll also doch nicht zu früh zur Geltung kommen. Auch die einjährig-freiwilligen sollen, wenn sie sonst keine Qualitäten für Wahlprivilegien besitzen, fünfzehn Jahre warten müssen, ehe sie sie bekommen. Aber wenn sie „aus dem Schneider“ sind, können sie ihr Vorrecht genießen. Jeder, der „etwas ist“ oder sein will, soll es haben und der „Bessere Willkür“ hat die Genehmigung, wenigstens seine Söhne in die zweite Abteilung aufsteigen zu lassen. Der Arbeiter, der Handwerker und sonstige kleine Geschäftleute bleiben ewig in der Verdammnis der dritten Klasse, wo sie zwar stimmen dürfen, aber meist ohne Aussicht, daß ihre Stimme Erfolg habe.

Mit diesen Änderungen sind die „Mängel des Systems“, die die preussische Regierung für abänderungsbedürftig hält, erledigt. Das Wesentliche, was am preussischen Wahlrecht zu ändern wäre, um es zu einem Recht zu machen, das seinen Namen verdient, wird völlig unberührt gelassen. Die Vorlage bringt nicht die geheime Abstimmung, sondern hält — unter Aufwendung der fabelhaften Argumente, mit denen die Junker operieren, um sich ihr „Recht auf Terrorismus“ zu sichern — an der öffentlichen Abstimmung fest. Sie rüttelt auch nicht an der ungerechten Wahlkreiseinteilung, obwohl diese derart überlebt ist, daß sie zum öffentlichen Skandal geworden ist. Aber sie ist den Herren in Preußen, den Junkern, zum Vorteil, deren Gefilde sich mehr und mehr entleeren oder doch im Wachstum der Bevölkerung nicht entfernt Schritt halten können mit dem Bevölkerungswachstum der Städte. Um die Macht der Junker zu erhalten, trägt die preussische Regierung ihrer „Wahlrechtsreform“ einen ausgesprochen fälschlichen Charakter auf. Das ist immer Junkerrecht gewesen, und die preussische Regierung bekämpft sich damit offen und unbehelligt als Vertreterin der Junkerinteressen.

Die Städte und Industriebezirke dürfen nicht zu Einfluß kommen, denn in ihnen dominiert nicht nur das „Industrie-“ und Handelskapital, dem die Junker niemals „grün“ gewesen sind, sondern sie selbst ihre Gelber in Industrie und Handel „arbeiten“ lassen — dort dominiert auch das Proletariat und mit ihm als dessen politische Vertreterin die Sozialdemokratie. Sie zu hindern, im Staate Einfluß zu gewinnen, ist nicht nur eine, sondern die Aufgabe des schändlichen Machwerks, dem man euphemistisch den Namen einer „Wahlreform“ gegeben hat. Für die Arbeiterklasse ist diese „Wahlreform“ ein Faustschlag ins Gesicht, der bestimmt ist, alle ihre Hoffnungen zu zertrümmern, die darauf gerichtet sind, endlich als gleichberechtigter Faktor im Staate anerkannt zu werden und die Macht zu ge-

winnen, für die eigenen großen Kulturinteressen selbstständig einzutreten.

Die Arbeiterklasse Preußens wird sich aber weder ihre Hoffnungen noch den Mut rauben lassen angeht der Niedertracht, mit der man ihren Rechtsanspruch niederzutreten versucht. Die Arbeiterklasse hat sich nicht der Illusion hingelassen, daß die preussische Regierung eine Wahlreform entgegenbringen werde, die ihrem Verlangen nach der Gleichheit nur einen kleinen Schritt entgegenkomme. Die Arbeiter wissen, daß auch auf dem Gebiet der Politik kein Raum auf den ersten Stief fällt, daß es scharfer und voraus-sichtlich langwieriger Kämpfe bedürfen wird, um das volle Recht zu erlangen.

Die preussische Vorlage ist schlecht, aber gleichwohl ist sie der erste Stief, der den Stein ins Rollen bringt. Die Arbeiter werden dafür sorgen, daß er nicht zur Ruhe kommt, bis das von ihnen erstrebte Ziel: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht errungen ist.

Wie aus Berlin berichtet wird, ist die Wahlrechtsvorlage am Sonnabend im Abgeordnetenhaus eingegangen. Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Der erste Artikel bestimmt die Aufhebung der Artikel 70, 71, 72 und 74 Absatz 1 der Verfassung. Der zweite Artikel enthält in 87 Paragraphen die einzelnen Vorschriften des Wahlgesetzes, der dritte Artikel besagt, daß der Artikel 115 der Verfassung außer Kraft tritt, und der vierte Artikel enthält die Uebergangsbestimmung, wonach bei einzelnen Neuwahlen, die vor der nächsten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes stattfindenden allgemeinen Wahl erforderlich werden, die bisherigen Vorschriften zur Anwendung kommen.

Der Senatorenkonvent des Abgeordneten-Hauses beschloß, zu empfehlen, daß am Dienstag und Mittwoch keine Versammlungen stattfinden und am Donnerstag in die erste Sitzung der Wahlrechtskommission einzutreten wird, ferner die Wahlrechtskommission aus 28 Mitgliedern bestehen zu lassen und ihre Wünsche hinsichtlich der Anberaumung der Plenarsitzungen möglichst zu berücksichtigen.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 4. Februar.

Wie sich die Leser erinnern dürften, wurde am 28. November des Jahres 1908 bezüglich des persönlichen Regiments die bestehende Geschäftsordnungskommission des Reichstags auf 28 Mitglieder erhöht mit dem Auftrage, die Geschäftsordnung des Reichstags einer gründlichen Revision zu unterziehen. Die Session wurde geschlossen, ohne daß die Kommission mit ihren Beratungen zu Ende gekommen wäre. Vermutlich durch die Geschäftsordnung nach freier Willkür der Richtung hin auszubauen, mit dem „Alles oder nichts“-Prinzip und bekanntlich hat darauf, zunächst einmal ihre Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren. Das ist denn nun in der Weise geschehen, daß in dieser Session Anträge gestellt wurden, das Interpellationsrecht des Reichstags nach der Richtung hin zu erweitern, daß im Hinblick auf die Verprechung der Interpellationen Anträge gestellt und beschlossene gefaßt werden können, um den Willkür zu beseitigen, daß den Interpellationsdebatten immer nur der Erfolg des bekannten Hornberger Schießens sicher ist.

In diesem Sinne hat denn auch außer der freisinnigen, der national-liberalen und des Zentrums, die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag gehalten mit der Erweiterung, der kurzen Fragestellung im Hinblick auf Mitteilungen des Bundesrats außerhalb der Tagesordnung eventuell unter Begünstigung auf wichtige politische Vorgänge. Bei der heutigen zweiten Beratung des Reichstagsatzes gelangten denn nun auch diese Anträge zur Entscheidung. Als Gegner der sozialdemokratischen Fraktion herbeizurufen unter dem Namen der von uns gestellten Antrag in einer kurzen wirksamen Rede, betonend, daß es ihm als die Hauptaufgabe des Reichstags erscheine, das Interpellationsrecht nach der vom Antrage angeordneten Richtung zu erweitern, um es zu einem wirklichen Recht zu machen, und ferner das Recht der kurzen Anfragen zu sichern, da der gegenwärtige Zustand ein der gewöhnlichen Verzerrung des deutschen Volkes nicht würdiger sei. Er warnte dringend vor einer Erweiterung der Revision der Geschäftsordnung, wodurch wieder die Gefahr der Verschleppung heraufbeschworen werde. Dem stimmten die Gegner der freisinnigen und national-liberalen Fraktion, Dr. Müller-Meiningen und Dr. Jund, zu. Auch Mooren vom Zentrum war mit den Vorschlägen Einig, einverstanden, nur ist er der Meinung, daß das Ziel weiter gesteckt werden könne, denn das vorgeschlagene nicht aufzuheben sei, habe einzig und allein an den Verschleppungs-momenten der damals noch blutigen Liberalen gelegen.

Graf Westarp von der Zentrum-Fraktion machte staats- und verfassungsrechtliche Bedenken geltend und warnte Zentrum und Liberale, den sozialdemokratischen Redaktionen zu folgen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat als Ziel das parlamentarische Regime gesteckt und ihr Antrag besaß bei diesem Ziel zu. Dem widersprachen Gröber vom Zentrum und Raempe von den Freisinnigen, die verfassungsrechtliche Bedenken nicht

[31]

(Nachdruck verboten.)

„Soldaten sein schön!“

Wider aus Kaserne und Lazarett. Von Karl Fischer.

Seine guten Bekannten konnte er im Stabquartier begrüßen. Sergeant Schneider war einer der ersten, dem er die Hand drückte. Die Freunde unterhielten sie sich.

Der größte Teil der Kompanie war ihm ziemlich fremd. Eingeweihte hatten er im Lazarett kennen gelernt. Während der Zeit des Stabquartiers hatte er viel mehr freie Stunden als die Frontsoldaten. Wurde früh ausgerückt, marschierte er der Kompanie nach. Auf dem großen, eigens für sämtliche Sanitätsmannschaften der Kompanien aus und hielten sich abseits auf, bis das Leben vorüber war. Bei dieser Gelegenheit kam Volter mit Bornemann zusammen. Der wußte viel Neues zu erzählen von seinem Hauptmann, und was er inzwischen erlebt hatte.

Gatten die Frontmannschaften nach dem Einrücken noch Appelle, nachmittags Gewehrschreien, so war Volter frei bis zum nächsten Ausrücken. Es war ihm jetzt angenehm, mit der Kompanie weiter nichts zu schaffen zu haben, als in seiner Eigenschaft als Sanitätsgefreiter.

Sergeant Schneider fand sich in seiner freien Zeit oft bei Volter ein. Die beiden Vertrautesten hatten sich auch im Lazarett erhalten. Stundenlang blieben sie beisammen und unterhielten sich. Beide hatten keinen Gefallen an dem lauten Wirtshausleben. Einzelne Alte der Kompanie konnten sich Volter gegenüber nicht genug wundern über das veränderte Benehmen des Sergeanten. Er sei wie umgewandelt, hörte Volter sie sagen. Immer stiller sich hielt er sich und sprach kaum ein außerordentliches Wort mit den anderen Unteroffizieren. Früher habe er immer das große Wort geführt, und seit seiner Wiederkehr aus dem Lazarett war er die Schweigsamkeit selbst.

Volter erwähnte dem Sergeanten gegenüber kein Wort davon. Ihre täglichen Gespräche führten sie weit vom Militärleben weg. Mit tiefer Beschämung gelangt sich Sergeant Schneider die häufige Art seines früheren Verhaltens. Das Wort hing ihm ins Gesicht, wenn er in die Behandlung dachte, die er Volter in seinem ersten Jahre hatte zuteil werden lassen. Ein brennendes Gefühl der Beschämung empfand er ihm gegenüber.

Volter schenkte alles vergessen zu haben. Mit keiner Silbe ließ er den Sergeanten merken, was er seinerzeit von ihm gehalten hatte.

Sergeant Schneider fand gar nicht die Gelegenheit, die ihm auf der jungen schwebenden Worte über die Lippen zu bringen. Ungern ging er von Volter weg, wenn der Dienst rief. Die stillen Unterhaltungsstunden blieben Geheimnis vor den anderen. Keiner in der Kompanie wußte davon. Da Volter als einzelner bei einer armen Bauerntochter im Quartier war, konnte Sergeant Schneider zu ihm kommen, wann er wollte, sie wurden nie getrennt. Während des Dienstes merkte man seinem von beiden an, in welcher näher Beziehung sie standen.

Die drei Wochen des Stabquartiers vergingen schnell. Das Korpsmanöver nahm seinen Anfang. Die Märsche und Manöverungen der Soldaten wurden von Tag zu Tag größer, und damit auch die Zahl der Fußkranke, die Volter viel Arbeit brachten.

Die für Sergeant Schneider so schönen Ruhestunden mit Volter waren nun vorbei. Volter flüchtete sich in die Stille. Fast jeden Abend ging es in ein anderes Quartier.

Drückende Spätsommerhitze lagte am Tag schwer auf den langen Marschcolonnen. Fast täglich kamen Schweißanfälle vor. Da gab es Arbeit für die Sanitätsmannschaften. Volter tat seine Schuldigkeit. Auf den Heimgängen in die nächsten Quartiere blieb er oft weit hinter der Truppe bei den zurückgebliebenen marschunfähigen Genossen. Sobald er im Quartier angekommen, war seine Tätigkeit noch nicht zu Ende. Außer der vom Bataillon festgesetzten Verbandstube wurde er von vielen Kameraden seiner Kompanie aufgesucht, die für ihre kleinen Fußwunden ein Pflaster oder einen Verband wollten.

Mit der Zeit hatten ihn alle wegen seiner Freundlichkeit, auch den Neutreten gegenüber, gern. Im Quartierorte, auf dem Hauptplatz oder während einer Marsch- oder Gefechtspause war immer ein Kameradenkreis um ihn versammelt, den er unterhielt.

Wie die Tage vergingen! Immer größer wurden die Anforderungen, die an die Mannschaften gestellt wurden! Auf den letzten großen Marschen wurde die Allgemeinstimmung immer gedrückt. Der Winter und frühlicher ging in den Quartieren ein. In den Wirtshäusern wurden allen Verboden zum Trotz mehrere Gefechtsparaden angestellt. Die Rekruten mußten mitgehen, ob sie nun wollten oder nicht. Freude beherzichte alle. In ausgelassener Weise jubelten die Alten über das baldige Ende

ihrer Dienstzeit, und die eingekerkerten Reservisten gaben beim Lied den Ton an. Ob in der Kaserne als Krummholz oder Schlammgrube verfahren, ob Gefreiter, der den Korpsalltagsführer vertritt, ob Hauptmannsbefehl — im überfüllten Wirtshaus beim Bier waren alle gleich! Da wurde kein Organ geschont. Die schönsten Soldatenlieder wurden herausgeschmettert, daß den Wirtin die Ohren schmerzten. Und trotz allem Lärm wurden manchmal die Augen feucht.

In einer stillen, dem Massengeräusch fernliegenden kleinen Ecke saß Volter am vorletzten Abend mit einigen bekannten Kameraden seiner und anderer Kompanien. Der Zufall hatte es gefügt, daß er auf dem Weg ins Wirtshaus Bornemann traf, der sich ihm anschloß.

Bornemann strahlte. Sein sonnenverbranntes Gesicht glänzte vor Wonne. Seine Feldmütze sah ihm ganz auf dem einen Ohr, so daß sie jederzeit heruntergerutschen könnte. „Ich habe dich den ganzen Abend gesucht, Volter!“ sagte er, als er neben ihm saß. „Den letzten Abend vor dem Aufbruch nach dem Fronteinsatz.“ Morgen abend beim Aufbruch kommen wir doch nicht zusammen. Wie geht's, alter Kollege? Seit vier Tagen habe ich dich nicht gesehen!“

„Du siehst ja ich freue mich auch mit, daß es nun bald zu Ende ist.“

„Nun, ich werde vor Freude noch blödsinnig! Kollege!“ rief er den andern zu. „Saufst du! Eine Runde begahe ich! Gestern habe ich von daheim mein letztes Marschgepäck bekommen!“

Ein allgemeines Jubelgeschrei erklang als Dank auf solch ein Anerbieten. Schnell wurden die auf dem Tisch stehenden Gläser ausgetrunken.

„Aber Volter, sei doch ein bißchen feibler! Denk doch, noch einen Tag!“

„Ach nur, Bornemann! Ich freue mich auch so mit euch.“ „Prost!“ erklang es im Chor. „Auf Dein Wohl, Du Lazarettkummer!“

„Prost, ihr Aibelbrüder!“ rief Bornemann zurück. — „Wollt ihr meine neueste Geschichte hören?“

„Du hast wohl gestern Schnaps in Deiner Feldflasche gehabt?“

„Das habe ich gerade noch! Ich trinke noch, wenn ich euch Weller nachschleiche.“

Sanitätsgefreiter und meine Broden begaßen lassen. Vorgetrennt, mitten auf dem Marsch, kriegt mein Reutnant keine Ruhe. Er eine Weile nach dem Gefecht hinter mir hergepöplelt ist, hängt er mit einem Male an. Mein Ungeheuer sei furchtbar unfauber, meinen Verbandkasten hätte ich überhaupt nie geputzt, und meine Feldflasche säße aus, als ob ich sie drei Tage im Schlamm herumgähelt hätte!“

„Das war aber ein Scherz für dich!“ rief einer lachend. „Ne, mein Kollege! So leicht lassen wir uns nicht hängen machen! — Also kurz und gut, ich sagte, ich solle von jetzt ab die Appelle mitmachen. Ich sagte ihm darauf, daß meine Sanitäts-ausrüstung dem Bataillon gehört und daß der Wirtshausarzt des Bataillons mein direkter Vorgesetzter ist. Kollege! Da hätte ich den mal sehen sollen, wie er Feuer spuckte. Ich dachte, er wollte mich mitten auf der Straße vergiften. Natürlich war ich beim Appell am Nachmittag nicht erschienen. Wie ich mich beim nächsten Antraten rausredete, ich hätte Sanitätsdienst gehabt, wollte er mich dem Hauptmann melden. Na gut! — Gestern abend auf dem Hauptplatz — schon ziemlich spät — ich war schon unter Zelt getroffen und wollte ein bißchen dösen — da rief er mich: Gefreiter Bornemann! Ich lag gar nicht weit von ihm und dachte mir, auf du nur noch eine Weile. Es konnte mich kein Mensch sehen, so dunkel war es. Hier, fünfmal rief er. Dann schickte er ein paar Kerle, mich zu suchen. Na — ich dachte, ich will doch endlich mal hören, was er auf den Bergen hat. Ich habe mir dann die Reife runtergeholt. Ich habe nichts gehört! antwortete ich ihm so aufrichtig, wie ich nur konnte. — Na, er machte gute Miene zum bösen Spiel. — Kommen Sie mal mit Ihrem Plasterkasten dorthin in die Scheune, sagte er dann leise. Sie müssen mir meine Füße verbinden. Er hatte sich also wund gelassen! Na warte, dachte ich mir, jetzt sollst du mal die Appelle mitmachen. Auf jeder Fußsohle hatte er eine talergroße Wasserblase. Ich bigelte ihm nun mit meiner Schere an den Füßen herum, daß er aufsteht vor Vergnügen. Dann fuhr ich ein paar mal beim Aufschneiden der Haut daneben, daß er zusammenzuckte wie bei einer Elektrifizierung. Ich konnte mir's Lachen kaum verhehlen. Dann trich ich ihm recht viel fettes Kolböl auf die Stellen, wo die Wunden waren. Er konnte nicht mehr, so sehr ich er vor Schmerz die Zähne zusammen.“

„Das ist recht!“ riefen einige.

„Nun laßt.“

(Fortsetzung folgt)